

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Volkmar Halbleib SPD**
vom 22.04.2013

Ankauf einer CD mit steuerrelevanten Daten durch Rheinland-Pfalz

Laut Medienberichten hat Rheinland-Pfalz eine Steuer-CD mit 40.000 Datensätzen für 4,41 Millionen Euro gekauft. Mit diesen neuen Daten werden aus Schwarzgeldbeständen von Steuerflüchtlingen insgesamt 500 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen erwartet.

Deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. Nachdem die Staatsregierung bis Oktober 2012 den Ankauf von Steuer-CDs abgelehnt hatte, frage ich, ob den bayerischen Behörden seit Oktober 2012 neue Angebote für den Ankauf von Steuerdaten vorliegen? Wie wird die Qualität der angebotenen Daten mit Blick auf die Aufdeckung von Steuerhinterziehung beurteilt? Beabsichtigt die Staatsregierung nunmehr zu kaufen oder nicht zu kaufen und aus welchen Gründen?
2. Da es von 2010 bis zum 5. Oktober 2012 in Bayern 5.176 Selbstanzeigen mit 550 Millionen Euro Steuermehreinnahmen gab, frage ich, wie ist hier der neueste Stand sowohl der Selbstanzeigen als auch der Steuermehreinnahmen in Bayern? Wie viele Selbstanzeigen gab es aktuell in Bayern nach Bekanntwerden des beabsichtigten Ankaufs der Steuerdaten-CD durch Rheinland-Pfalz? Wie viele Selbstanzeigen gingen bei der bayerischen Steuerverwaltung seit Anfang 2010 bis heute jeweils in welchem Monat ein (jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Frage)?
3. Wie viele Steuerverfahren und Ermittlungsverfahren wurden aufgrund der Ankündigung von Rheinland-Pfalz zum Ankauf von Steuer-CDs in Bayern durchgeführt bzw. eingeleitet und welche Steuermehreinnahmen (von den insgesamt geschätzten 500 Millionen Euro) werden daraus in Bayern und für den bayerischen Staatshaushalt erwartet (jeweils zum Zeitpunkt der Beantwortung der Frage)?
4. Warum lehnt die Staatsregierung eine Beteiligung an den Kosten des Ankaufs der CD ab, obwohl sich die Nutzung sogenannter Steuer-CDs als effektives Instrument gegen kriminelle Steuerhinterziehung erwiesen hat und Bayern dadurch nachweislich Steuermehreinnahmen erzielt hat?

5. Welche zwingenden rechtlichen und politischen Gründe sieht die Staatsregierung, die gegen eine Beteiligung an den Kosten des Ankaufs der Steuer-CD durch Rheinland-Pfalz sprechen? Welche zwingenden rechtlichen und politischen Gründe sieht die Staatsregierung, die generell gegen den Ankauf von Steuer-CDs durch den Freistaat Bayern sprechen?

Antwort

des Staatsministeriums der Finanzen
vom 31.05.2013

Zu 1.:

Seit Oktober 2012 wurden zwei Datenangebote an das Bayerische Landesamt für Steuern – Koordinierungsstelle für Datenankäufe – gerichtet. Ein Datenangebot wurde als nicht werthaltig eingeschätzt, da wesentliche beweisrelevante Informationen fehlen. Hinsichtlich des anderen Datenangebots wurde Kontakt mit dem Anbieter aufgenommen. Mangels Rückmeldung des Anbieters kann keine Einschätzung zur Qualität vorgenommen werden.

Zu 2.:

Die Anzahl der eingegangenen Selbstanzeigen mit Bezug zu Geldanlagen bei Schweizer Banken zum 22. Mai 2013 beträgt in Bayern 6.372. Nach einer sehr groben Schätzung betragen die Steuermehreinnahmen aus diesen Selbstanzeigen rund 620 Mio. Euro.

Die Anzahl aller eingegangenen Selbstanzeigen in Bayern sowie die Summe der daraus resultierenden Steuermehreinnahmen werden nicht erhoben.

Wie viele Selbstanzeigen in Bayern nach Bekanntwerden des beabsichtigten Ankaufs der Steuerdaten-CD durch Rheinland-Pfalz eingegangen sind, kann aufgrund des un spezifizierten Zeitpunkts nicht ermittelt werden.

Seit 2010 gingen monatlich folgende Selbstanzeigen mit Bezug zu Geldanlagen bei Schweizer Banken in Bayern ein:

Februar 2010	1.229
März 2010	1.155
April 2010	541
Mai 2010	238

Juni 2010	187	September 2012	81
Juli 2010	125	Oktober 2012	238
August 2010	159	November 2012	174
September 2010	63	Dezember 2012	48
Oktober 2010	65		
November 2010	100	Januar 2013	254
Dezember 2010	22	Februar 2013	214
		März 2013	79
Januar 2011	146	April 2013	254
Februar 2011	19		
März 2011	22	Zu 3.:	
April 2011	36	Allein aufgrund der Ankündigung von Rheinland-Pfalz zum	
Mai 2011	15	Ankauf einer Steuer-CD wurden keine Verfahren durchge-	
Juni 2011	237	führt.	
Juli 2011	7		
August 2011	6	Zu 4. und 5.:	
September 2011	3	Bayern beteiligt sich an den Kosten für den Ankauf von	
Oktober 2011	5	Steuerdaten. Alle von anderen Bundesländern hierfür gel-	
November 2011	12	tend gemachten Kosten wurden und werden mitfinanziert.	
Dezember 2011	0		
		Allerdings wäre einer Regelung wie dem leider gescheiterten	
Januar 2012	3	deutsch-schweizerischen Steuerabkommen in vielerlei Hin-	
Februar 2012	3	sicht klar der Vorzug zu geben. Durch eine Abgeltungsteuer	
März 2012	15	würde die Besteuerung von Kapitalerträgen deutscher An-	
April 2012	0	leger in der Schweiz sichergestellt. Die Besteuerung erfolgt	
Mai 2012	6	nun jedoch weiterhin auf der unbefriedigenden Basis von	
Juni 2012	2	Zufallsentdeckungen und ist damit weit entfernt vom Grund-	
Juli 2012	102	satz einer gleichmäßigen Besteuerung.	
August 2012	366		